

# Reisebericht Namibia

## (05.- 06. Dezember 2022)

Ich habe am 5. und 6. Dezember gemeinsam mit Robert Habeck Namibia und Südafrika besucht. Anlass für den Besuch des Vizekanzlers in Namibia waren Gespräche über den Aufbau einer Produktion für grünen Wasserstoff im Süden des Landes bei Lüderitz.

Die Voraussetzungen für Erneuerbare Energien in Namibia gehören zu den besten der Welt. Es gibt sowohl viel Wind als auch viel Sonne, die genutzt werden können, um grünen Wasserstoff zu produzieren. Der wird in Zukunft besonders wichtig sein, wenn fast unser gesamter Strom aus Erneuerbaren Energien gewonnen wird. Wenn einmal kein Wind weht und keine Sonne scheint, braucht es solche Speicher, um kurzfristig Energie ins Stromnetz einspeisen zu können.

Grüner Wasserstoff ist deshalb ein zentraler Bestandteil auf dem Weg in eine fossilfreie Wirtschaft – in Deutschland, aber auch weltweit. Der grüne Wasserstoff aus Namibia soll in erster Linie dazu dienen, die Versorgung des Landes selbst mit sauberer, preiswerter und nachhaltiger Energie sicherzustellen. Gerade vor dem Hintergrund unserer Kolonialgeschichte ist für uns als Bundesregierung klar: Es darf keinen Rohstoffkolonialismus 2.0 geben. Stattdessen wollen wir gemeinsam und partnerschaftlich den Weg in eine fossilfreie Zukunft gehen. Namibia könnte durch die Herstellung von grünem Wasserstoff vom Stromimporteur zum Stromexporteur werden. Ein Teil des überschüssigen grünen Wasserstoffs könnte auch nach Deutschland geliefert werden.

Für Namibia ist das eine große wirtschaftliche Chance. Durch den Wegfall der Tourismus-Einnahmen während der Pandemie hat die Wirtschaft enorm gelitten. Im Land herrscht eine Arbeitslosigkeit von über 30%. Fast jeder zweite Jugendliche ist arbeitslos. Neben Südafrika ist Namibia zudem eines der Länder mit der höchsten Ungleichheit weltweit. Gleichzeitig wird das Land besonders stark vom Klimawandel getroffen. Mit immer häufigeren Dürren ist zu rechnen. Investitionen in Erneuerbare Energien sind deshalb für das Land eine doppelte Chance.

Es war daher ein wichtiges Zeichen, dass wir bei der Reise von einer großen Wirtschaftsdelegation begleitet wurden. Der namibische Präsident Hage Geingob, der uns in seinem Amtssitz, dem State House, empfing, betonte, es habe seit der Unabhängigkeit noch nie eine so große deutsche Delegation gegeben, die Namibia besucht habe. Der Präsident und sein Energieminister nahmen sich dann auch viel Zeit für die Gespräche mit der deutschen Delegation.

Besonders gefreut hat mich, dass während des Besuchs im State House auch eine Vereinbarung zwischen der Universität Namibia und der Hochschule Anhalt geschlossen wurde. Denn wenn Deutschland und Namibia bei der Produktion von Grünem Wasserstoff zusammenarbeiten wollen, wird auch der akademische Austausch sowie die Zusammenarbeit bei der Berufsbildung noch einmal wichtiger werden.

Nach den Gesprächen mit der namibischen Regierung sprach ich zusammen mit Robert Habeck auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Wir besuchten außerdem das Independence Museum, das die Geschichte Namibias von der deutschen Kolonialzeit bis zur Apartheid und dem Freiheitskampf thematisiert. Von 1884 bis 1915 war Namibia eine deutsche Kolonie. In der deutschen Kolonialzeit kam es zu furchtbaren Verbrechen, besonders dem Völkermord an den Nama und Herero (1904-1908). An einem Mahnmal gedachten Robert Habeck und ich gemeinsam der Opfer kolonialer Gewalt und legten einen Kranz nieder.

Auch bei meinen eigenen Gesprächen stand die gemeinsame Aufarbeitung der deutschen Kolonialzeit im Vordergrund. Seit dem Jahr 2015 führen Deutschland und Namibia Gespräche, um das grausame Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte in Namibia gemeinsam aufzuarbeiten. Nach sechs Jahren gab es 2021 eine Einigung auf den Text einer Gemeinsamen Erklärung. Deutschland bekennt sich darin zu den Verbrechen, die in Namibia verübt wurden. Es bittet dafür um Vergebung und verpflichtet sich gleichzeitig, die Lebensbedingungen der Nama und Herero durch gezielte Maßnahmen zu verbessern. Außerdem soll eine gemeinsam verwaltete Stiftung gegründet werden, die Projekte zu Erinnerung, Versöhnung und Zukunftsgestaltung durchführen wird.

Die Gemeinsame Erklärung ist in Namibia umstritten. Besonders die Opposition und einzelne Mitglieder der betroffenen Bevölkerungsgruppen lehnen sie bisher ab. Deshalb konnte sie bis heute nicht unterzeichnet werden. Ein wichtiges Ziel meines Besuchs war es, mir selbst einen Eindruck von der Stimmung vor Ort zu machen.

Ich führte deshalb ein ausführliches Gespräch mit weiteren Stimmen der namibischen Zivilgesellschaft zur Aufarbeitung unserer kolonialen Vergangenheit. Das Interesse an dem Gespräch war enorm. Auch unter den Anwesenden selbst entspann sich ein emotionaler Austausch. Für mich zeigte das, wie wichtig auch das innernamibische Gespräch über Kolonialgeschichte sowie die Zeit der Apartheid ist.

Natürlich war die Diskussion über die Gemeinsame Erklärung eines der zentralen Themen, die diskutiert wurden. Teilweise wurde Zustimmung zur Erklärung geäußert. Aber auch Kritikpunkte kamen deutlich zur Sprache. Mir war es wichtig, vor allem zuzuhören und mir einen Eindruck von den unterschiedlichen Argumenten und Perspektiven zu machen.

Viele meiner Gesprächspartner machten aber auch deutlich, dass es unabhängig von der Gemeinsamen Erklärung mehr Erinnerungsorte zu den Verbrechen der Kolonialzeit braucht, in Namibia wie in Deutschland. Denn das Wissen über die Kolonialzeit, aber auch über die vorkoloniale namibische Kultur droht verloren zu gehen. Diese Sorge habe ich auch bereits bei meinen Reisen in Tansania und Kamerun gehört. Mir ist es deshalb wichtig, dass wir uns auch im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für diese Themen einsetzen. Bei meinem Besuch konnte ich beispielsweise die Zusage machen, dass wir uns als Auswärtiges Amt an der Renovierung des Grabmals von Samuel Maharero beteiligen werden. Er war einer der wichtigsten Führer und Freiheitskämpfer der Herero.

Am nächsten Tag traf ich auch das sog. Technische Komitee. Die meisten meiner Gesprächspartner waren Nachfahren der Opfer des Genozids. Das Technische Komitee

hat auf namibischer Seite seit 2015 an den Verhandlungen mit der deutschen Seite über den Text der Gemeinsamen Erklärung mitgewirkt.

Grundlage der Verhandlungen war ein Parlamentsbeschluss von 2006. Zur Umsetzung dieses Beschlusses hatte der Präsident das Technische Komitee eingesetzt. Kritiker stellen die Zuständigkeit des Präsidenten dafür in Zweifel. Eine angekündigte Klage vor dem Verfassungsgericht wurde allerdings bislang nicht eingereicht.

Alle Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen der Herero und Nama in Namibia waren zur Teilnahme an diesem beratenden Gremium eingeladen. Alle bis auf zwei, die die Einladung prinzipiell ablehnten und die sich stattdessen für eine – inzwischen rechtskräftig abgewiesene – Klage in den USA entschieden, haben die Einladung angenommen. Zusätzlich wurden in einem größeren Kreis Konsultationen mit den betroffenen Gruppen durchgeführt, so zuletzt in einem „Chief Forum“, in dem sich über 300 traditionelle Führer im Oktober über den Prozess ausgetauscht haben. Mit einer nächsten Versammlung wird Ende Januar gerechnet.

Schließlich hatte ich noch ein Gespräch mit Außenministerin Nandi-Ndaitwah. Kurz vor meinem Besuch war diese zur stellvertretenden Vorsitzenden der Regierungspartei SWAPO und damit zur Präsidentschaftskandidatin für die Wahlen 2024 gewählt worden. Es hat mich sehr gefreut, dass ich zusammen mit meiner Kollegin Jamila Schäfer als erste hochrangige ausländische Politikerin nach ihrer Wahl mit ihr sprechen konnte. Natürlich ging es bei unserem Gespräch auch um die geopolitische Lage und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir tauschten uns aber auch über die Situation im südlichen Afrika aus, vor allem über die Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo und in der mosambikanischen Provinz Cabo Delgado, die weiterhin vom islamistischen Terror bedroht wird. Aber auch die VN-Agenda für „Frauen, Frieden und Sicherheit“ war Thema unseres Gespräches. Denn sowohl für Deutschland als auch für Namibia ist sie ein Schwerpunkt unserer Außenpolitik.

Der Besuch in Namibia hat für mich noch einmal sehr klar gemacht: Wir haben eine gemeinsame Geschichte. Wir haben aber auch eine Vielzahl gemeinsamer Interessen. Wir wollen deshalb auch unsere Zukunft gemeinsam gestalten: von der Energiewende über Frieden und Sicherheit bis hin zur Stärkung von Demokratie und Gleichberechtigung.